

Herrn Bundesminister  
Peter Altmaier  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin

**Benedikt Paulowitsch**  
Bürgermeister

17. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

ich erlaube mir, gemeinsam mit Vertretern des Gemeinderats der Gemeinde Kernen im Remstal, welche unmittelbar im Speckgürtel der Stadt Stuttgart liegt, zu schreiben.

Das öffentliche Vergabewesen, das durch EU-, Bundes- und Landesrecht ausgestaltet wird, ist aus Sicht vieler Kommunen und ihrer Vertreterinnen und Vertreter reformbedürftig.

Zwar gilt der Grundsatz, bei öffentlichen Ausschreibungen das wirtschaftlichste Angebot auszuwählen. In der Realität bedeutet dies jedoch meist die Vergabe an den billigsten Anbieter. Die Folge sind Lohndumping, die Förderung von Strukturen von Subunternehmern und sich daraus regelmäßig ergebende Qualitätsprobleme. Zugleich schränkt das bisherige System die Kommunen in starker Weise ein, lokale Betriebe und Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen. Doch genau dies wäre im Sinne einer lokalen und regionalen Wirtschaftsförderung sowie einer Förderung des ökologischen Nachhaltigkeitsgedankens mit regionalen Produkten und geringem Ressourcenverbrauch. Die Erfahrungen in unserer Gemeinde zeigen ebenso, dass ansässige Unternehmen aufgrund ihrer regionalen Verbundenheit mit hoher Qualität, guten Abstimmungsprozessen und im Streitfall mehr Kompromissbereitschaft punkten können.

Als Bürgermeister möchte ich Sie gemeinsam mit den Fraktionen des Gemeinderats darum bitten, sich für Reformen des öffentlichen Vergabewesens einzusetzen. Dabei unterstützen wir explizit einige Forderungen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Vergangenheit formuliert hat. Im Einzelnen unterstützen wir folgende Vorschläge:

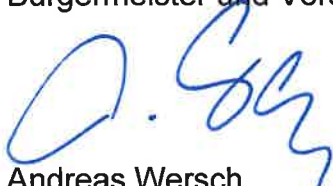
1. Aufträge der öffentlichen Hand sollen ab einem zu definierenden Umfang nur noch an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge anwenden. Das „wirtschaftlichste Angebot“ bedarf einer Neudefinition, sodass in der Praxis nicht mehr allein das billigste Angebot Chancen auf den Zuschlag erhält.
2. Bei Vergaben sollten künftig weitere Aspekte positiv in die Vergabeentscheidung einfließen dürfen. Darunter fallen ab einer bestimmten Unternehmensgröße Ausbildungsquoten, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung sowie ökologische Aspekte, um Umwelt und Klima weniger zu belasten.
3. Eine gesetzliche Begrenzung bzw. strengere Regulierung von Subunternehmerschaft.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, die Gemeinde Kernen unterstützt die europäische Freizügigkeit und ein Vergaberecht, das Gefahren von Korruption und Preisabsprachen reduziert. Doch dies darf im Grundsatz nicht auf Kosten lokaler Betriebe und auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschehen.

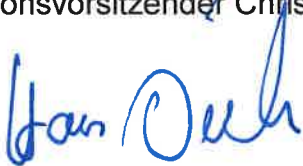
Mit freundlichen Grüßen



Benedikt Paulowitsch  
Bürgermeister und Vorsitzender des Gemeinderats



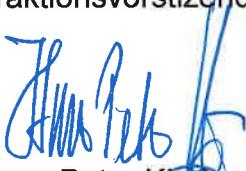
Andreas Wersch  
Fraktionsvorsitzender Christlich Demokratische Union



Hans Dietzel  
Fraktionsvorsitzender Unabhängige Freie Wähler Kernen



Matthias Kramer  
Fraktionsvorsitzender Offene Grüne Liste Kernen



Hans Peter Kirgis  
Fraktionsvorsitzender Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Andreas Colosi  
Fraktionsvorsitzender Parteifreies Bündnis Kernen